

BDI-IW-Unternehmervotum



Energiewende

Ergebnisse des IW-Unternehmervotums Juli/August 2013

Bericht der
IW Consult GmbH

Köln, 26. August 2013

Ansprechpartner:
IW Consult GmbH
André Volkmer
Referent
E-Mail: volkmer@iwkoeln.de
Tel.: 0221 4981-857
www.iwconsult.de

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	4
Zusammenfassung	5
1 Der Hintergrund	7
2 Die Befragung	7
3 Die Ergebnisse	8
Über das IW-Unternehmervotum	16

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Marktchancen durch Energiewende kaum gestiegen	9
Tabelle 2: Qualität der Stromversorgung: Große Unternehmen stärker beeinträchtigt.....	10
Tabelle 3: Größere Unternehmen planen eher eigene Absicherung vor schlechterer Stromversorgungsqualität.....	11
Tabelle 4: Unternehmen sehen Reformbedarf beim EEG.....	12
Tabelle 5: Jedes dritte große Unternehmen stellt Investitionsentscheidungen zurück, knapp jedes vierte Unternehmen aus der Industrie	13
Tabelle 6: Mehr als jedes vierte große Unternehmen will Neuinvestitionen ins Ausland verlagern	14
Tabelle 7: Starke Unzufriedenheit mit der Politik bei der Umsetzung der Energiewende	15

Zusammenfassung

Das Reaktorunglück von Fukushima vor knapp zweieinhalb Jahren hat zu einer Wende in der deutschen Energiepolitik geführt. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Atomausstieg zu beschleunigen und den Ausbau erneuerbarer Energien weiter zu forcieren - beispielsweise durch eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Über die Ausgestaltung der Energiewende gibt es verschiedene Standpunkte, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder aufeinanderprallen.

Vor diesem Hintergrund hat die IW Consult im Juli und August 2013 insgesamt 734 Vertreter von Unternehmen aus Deutschland zur Energiewende befragt.

Die wesentlichen Ergebnisse lauten wie folgt:

- Bei der Frage nach dem Einfluss von energiepolitischen Rahmenbedingungen auf Investitionsentscheidungen zeigen sich große Diskrepanzen sowohl zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößen als auch zwischen den verschiedenen Branchen. Insgesamt stellt die Mehrheit der Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen aufgrund der aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen kaum zurück: Lediglich 13,9 Prozent der Unternehmen geben an, ihre Investitionsentscheidungen zurückzustellen. Große Unternehmen und Unternehmen aus der Industrie stellen ihre Investitionsentscheidungen eher zurück: Hier liegen die Anteile bei 33,8 Prozent bzw. 24,1 Prozent.
- Auch bei dem Einfluss auf Neuinvestitionen im Ausland zeigen sich große Diskrepanzen zwischen den Unternehmen der verschiedenen Umsatzklassen und zwischen den Unternehmen der verschiedenen Branchen. Insgesamt gibt nur ein geringer Anteil der Unternehmen (2,9 Prozent) an, dass sie aufgrund der deutschen Energiepolitik vermehrt Neuinvestitionen im Ausland planen. Auch hier sind große Unternehmen und Unternehmen aus der Industrie wesentlich stärker betroffen: Die Anteile liegen bei 27,9 Prozent bzw. 8,3 Prozent.
- Bei der Qualität der Stromversorgung gibt es wiederum einen Größeneffekt: Während insgesamt lediglich 18,0 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung der Stromversorgung feststellen konnten, wächst dieser Anteil mit zunehmender Unternehmensgröße. Von den kleinen Unternehmen haben 17,7 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung der Stromversorgung festgestellt, von den mittleren Unternehmen 19,9 Prozent. Bei den großen Unternehmen betrug dieser Wert 32,8 Prozent.
- Die Mehrheit der Unternehmen plant in den nächsten Jahren keine verstärkten Investitionen, um sich vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität abzusichern. Lediglich 16,3 Prozent der Unternehmen antworten bei diesem Aspekt mit „wahrscheinlich“ bzw. „eher wahrscheinlich“. Allerdings gibt es hier wiederum Unterschiede bei der Unternehmensgröße und der Branchenzugehörigkeit: Große Unternehmen und Unternehmen aus der Industrie legen hier mehr Wert auf Vorsorge vor Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität: Die Anteile liegen bei 29,9 Prozent bzw. 20,6 Prozent.

- Die Mehrheit der Unternehmen sieht Reformbedarf beim Erneuerbare-Energien-Gesetz. So sprechen sich 61,7 Prozent für eine Rückführung der garantierten Vergütungssätze hin zu einer Preisbildung nach Marktlage, 70,6 Prozent der Unternehmen für eine europaweite Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien aus. Bei der Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien fällt die Zustimmung der Unternehmen mit insgesamt 20,8 Prozent vergleichsweise gering aus.
- Die Energiewende bringt aus Sicht der Unternehmen kaum gestiegene Marktchancen mit sich. Lediglich 16,6 Prozent der befragten Unternehmen nehmen stark bzw. eher stark gestiegene Marktchancen wahr. Dagegen antworten 64,3 Prozent der Unternehmen, dass die Marktchancen durch die Energiewende überhaupt nicht gestiegen sind.
- Die Unternehmen sind mit dem Management der Politik bei der Umsetzung der Energiewende sehr unzufrieden. Auf einer Schulnotenskala liegt die durchschnittliche Bewertung aller Unternehmen bei 4,36. Unternehmen aus der Industrie und große Unternehmen sind wiederum kritischer: So vergeben Industrieunternehmen im Durchschnitt die Note 4,57, große Unternehmen im Durchschnitt die Note 4,56.

1 Der Hintergrund

Das Reaktorunglück von Fukushima vor knapp zweieinhalb Jahren hat zu einer Wende in der deutschen Energiepolitik geführt. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Atomausstieg zu beschleunigen und den Ausbau erneuerbarer Energien weiter zu forcieren - beispielsweise durch eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Über die Ausgestaltung der Energiewende gibt es verschiedene Standpunkte, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder aufeinanderprallen.

Vor diesem Hintergrund dient das vorliegende IW-Unternehmervotum dazu, einen Überblick über die Meinung von Entscheidern der deutschen Wirtschaft zur Energiewende zu geben.

2 Die Befragung

Für das IW-Unternehmervotum wurden vom 23. Juli bis zum 05. August 2013 insgesamt 734 Vertreter von Unternehmen aus Deutschland online befragt. Die Unternehmen stammen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen. Die Antworten der Teilnehmer wurden anhand der Anzahl der Unternehmen im Unternehmensregister für Deutschland hochgerechnet.

Im Einzelnen wurden die folgenden Fragen gestellt:

- „Inwieweit sind die Marktchancen für Ihr Unternehmen durch die Energiewende gestiegen?“
- „Haben Sie in Ihrem Unternehmen in den letzten zwei Jahren eine Verschlechterung der Stromversorgungsqualität (Spannungs- bzw. Frequenzschwankungen) festgestellt?“
- „Planen Sie in den kommenden drei bis fünf Jahren verstärkt Investitionen, um sich vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität abzusichern?“
- „Sollte Ihrer Meinung nach das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformiert werden? Wenn ja, wie?“
 - „Es sind Änderungen notwendig, und zwar eine Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien“
 - „Es sind Änderungen notwendig, und zwar eine Rückführung der garantierten Vergütungssätze hin zu einer Preisbildung nach Marktlage“
 - „Es sind Änderungen notwendig, und zwar eine europaweite Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien“
 - „Es sind keine Änderungen notwendig“
- „Tragen die aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen dazu bei, dass in Ihrem Unternehmen Investitionsentscheidungen zurückgestellt werden?“
- „Planen Sie aufgrund der deutschen Energiepolitik stärker als bislang, Neuinvestitionen im Ausland zu tätigen?“
- „Wie bewerten Sie insgesamt das Management der Politik – Bund und Länder - bei der Umsetzung der Energiewende?“

Darüber hinaus hatten die Teilnehmer am Ende der Befragung die Möglichkeit, generelle Anmerkungen zum Thema zu machen.

Auf Basis der Fragen und Anmerkungen lässt sich – dem Ziel des IW-Unternehmervotums entsprechend – ein Stimmungsbild erheben, ohne die Befragten zeitlich zu stark zu beanspruchen. Eine tiefergehende Beschäftigung mit den angesprochenen Aspekten würde naturgemäß eine differenzierte Betrachtung erfordern, bei der auch Merkmale der individuellen Unternehmenssituation zu beachten wären.

3 Die Ergebnisse

Unternehmen sehen kaum gestiegene Marktchancen durch Energiewende

Die Energiewende bringt aus Sicht der Unternehmen kaum gestiegene Marktchancen mit sich. Lediglich 16,6 Prozent der befragten Unternehmen nehmen stark bzw. eher stark gestiegene Marktchancen wahr, weitere 18,2 Prozent der Unternehmen nehmen schwach bzw. eher schwach gestiegene Marktchancen wahr. Dagegen antworten 64,3 Prozent der Unternehmen, dass die Marktchancen durch die Energiewende überhaupt nicht gestiegen sind.

Bezüglich der Branchenzugehörigkeit gibt es leichte Unterschiede: Die industrienahen Dienstleister sehen etwas stärkere Chancen als die Unternehmen aus der Industrie. So sehen 17,5 Prozent der Dienstleister stark bzw. eher stark gestiegene Marktchancen durch die Energiewende, bei den Industrieunternehmen lediglich 13,3 Prozent.

Bezüglich der Unternehmensgröße existieren auch Unterschiede: Je größer das Unternehmen, desto eher werden in der Energiewende gestiegene Marktchancen gesehen. Von den kleinen Unternehmen bis einer Million Euro Umsatz geben 64,8 Prozent der Unternehmen an, dass sie gar keine gestiegenen Marktchancen durch die Energiewende wahrnehmen. Bei den mittleren Unternehmen mit einem Umsatz zwischen einer und 50 Millionen Euro beträgt dieser Wert 61,1 Prozent, bei den großen Unternehmen ab 50 Millionen Euro Umsatz 53,6 Prozent (Tabelle 1).

Tabelle 1: Marktchancen durch Energiewende kaum gestiegen
„Inwieweit sind die Marktchancen für Ihr Unternehmen durch die Energiewende
gestiegen?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Stark	6,3	3,2	3,7	3,8	1,8	3,7
Eher stark	7,0	14,3	13,6	7,9	13,1	12,9
Eher schwach	16,8	10,6	10,9	17,8	23,4	11,8
Schwach	5,0	6,8	6,1	8,9	7,5	6,4
Gar nicht	64,8	64,2	64,8	61,1	53,6	64,3
Keine Angabe	0,1	1,0	0,9	0,5	0,6	0,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Auswirkungen der Energiewende auf die Qualität der Stromversorgung: Große Unternehmen klagen häufiger über eine Verschlechterung

Insgesamt gesehen hat die Qualität der Stromversorgung in den Unternehmen in den letzten zwei Jahren zwar kaum nachgelassen. So konnten lediglich 18,0 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung feststellen.

Allerdings gibt es bei der Unternehmensgröße einen deutlichen Größeneffekt: Mit zunehmender Unternehmensgröße wächst die Unzufriedenheit der Unternehmen mit der Qualität der Stromversorgung. Von den kleinen Unternehmen haben 17,7 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung der Stromversorgung festgestellt, von den mittleren Unternehmen 19,9 Prozent. Bei den großen Unternehmen betrug dieser Wert 32,8 Prozent.

Bezüglich der Branchenzugehörigkeit gibt es keine größeren Unterschiede zwischen Unternehmen der Industrie und den industrienahen Dienstleistern (Tabelle 2).

Tabelle 2: Qualität der Stromversorgung: Große Unternehmen stärker beeinträchtigt
„Haben Sie in Ihrem Unternehmen in den letzten zwei Jahren eine Verschlechterung der Stromversorgungsqualität (Spannungs- bzw. Frequenzschwankungen) festgestellt?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Ja, große	0,5	1,2	0,9	2,1	1,8	1,0
Ja, mittlere	2,8	2,3	2,1	4,0	7,5	2,4
Ja, geringe	13,6	14,9	14,7	13,8	23,5	14,6
Nein	83,2	81,6	82,3	79,8	66,0	81,9
Keine Angabe	0,0	0,0	0,0	0,3	1,2	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Vorsorge vor möglicher Verschlechterung der Stromversorgungsqualität: Große Unternehmen planen eher Investitionen

Die Ergebnisse nach der Qualität der Stromversorgung (Tabelle 2) spiegeln sich auch in der Absicherung vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität wider.

Die Mehrheit der Unternehmen plant in den nächsten Jahren keine verstärkten Investitionen, um sich vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität abzusichern. Lediglich 16,3 Prozent der Unternehmen antworten bei diesem Aspekt mit „wahrscheinlich“ bzw. „eher wahrscheinlich“.

Allerdings gibt es bei diesem Aspekt wiederum Unterschiede bei der Unternehmensgröße: Je größer das Unternehmen, desto höher ist die Bedeutung der eigenen Vorsorge vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität. So geben 29,9 Prozent der großen Unternehmen an, aus diesem Grund wahrscheinlich bzw. eher wahrscheinlich verstärkt Investitionen in den nächsten Jahren zu planen. Bei den mittleren Unternehmen beträgt dieser Wert 19,5 Prozent, bei den kleinen Unternehmen lediglich 15,7 Prozent.

Hier gibt es auch Unterschiede hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit: Die Unternehmen aus der Industrie planen eher eine Absicherung vor schlechterer Stromversorgungsqualität als industrienahen Dienstleister. So liegt der entsprechende Wert bei den Industrieunternehmen bei 20,6 Prozent, bei den industrienahen Dienstleistern bei 15,2 Prozent (Tabelle 3).

Tabelle 3: Größere Unternehmen planen eher eigene Absicherung vor schlechterer Stromversorgungsqualität

„Planen Sie in den kommenden drei bis fünf Jahren verstärkt Investitionen, um sich vor möglichen Verschlechterungen der Stromversorgungsqualität abzusichern?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Wahrscheinlich	8,9	5,3	5,9	6,4	11,6	6,0
Eher wahrscheinlich	11,7	9,9	9,8	13,1	18,3	10,3
Eher unwahrscheinlich	24,6	22,2	21,8	28,7	31,0	22,7
Unwahrscheinlich	41,4	49,6	49,2	39,9	33,5	48,1
Auf gar keinen Fall	13,3	12,9	13,2	11,1	5,0	12,9
Keine Angabe	0,0	0,1	0,0	0,7	0,6	0,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Unternehmen sehen Reformbedarf beim EEG

Nach Meinung der Unternehmen sollte das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert werden, lediglich 4,6 Prozent der Unternehmen stimmen dem nicht zu. Allerdings unterscheiden sich die Ergebnisse bei den einzelnen Aspekten:

Für eine Rückführung der garantierten Vergütungssätze hin zu einer Preisbildung nach Marktlage stimmen 61,7 Prozent der Unternehmen. Die Zustimmung der Industrieunternehmen fällt hier mit 67,3 Prozent etwas höher aus als die Zustimmung der industrienahen Dienstleister mit 60,4 Prozent. Zudem gibt es hier einen Größeneffekt: Die kleinen und mittleren Unternehmen stimmen bei diesem Aspekt lediglich mit einem Wert von 61,5 Prozent bzw. 62,2 Prozent zu, die großen Unternehmen mit einem Wert von 75,4 Prozent.

Die Mehrheit der Unternehmen spricht sich für eine europaweite Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien aus: 70,6 Prozent der Unternehmen sind dieser Ansicht. Dabei votieren Unternehmen aus der Industrie mit einem Wert von 74,4 Prozent etwas stärker für diesen Aspekt als industrienaher Dienstleister mit 69,7 Prozent.

Bei der Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien fällt die Zustimmung der Unternehmen mit insgesamt 20,8 Prozent vergleichsweise gering aus. Bei diesem Aspekt gibt es wieder einen Unterschied bezüglich der Branchenzugehörigkeit:

Industrieunternehmen votieren mit einem Wert von 15,3 Prozent für die Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien, industrienaher Dienstleister mit

einem Wert von 22,1 Prozent. Auch hier gibt es einen Größeneffekt: Je größer die Unternehmen, desto stärker stimmen sie für eine Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien. Die kleinen Unternehmen erreichen hier einen Zustimmungswert von 19,7 Prozent, die mittleren Unternehmen 28,4 Prozent und die großen Unternehmen 41,3 Prozent (Tabelle 4).

Tabelle 4: Unternehmen sehen Reformbedarf beim EEG

„Sollte Ihrer Meinung nach das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformiert werden?
Wenn ja, wie?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Abschaffung der vorrangigen Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energien						
Ja	15,3	22,1	19,7	28,4	41,3	20,8
Nein	52,9	47,6	49,5	42,1	33,9	48,6
Weiß nicht/ Keine Angabe	24,9	26,2	25,8	27,8	23,6	26,0
Insgesamt keine Änderung beim EEG notwendig	6,8	4,1	5,0	1,6	1,2	4,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Rückführung der garantierten Vergütungssätze hin zu einer Preisbildung nach Marktlage						
Ja	67,3	60,4	61,5	62,2	75,4	61,7
Nein	8,4	16,1	14,5	15,8	10,9	14,6
Weiß nicht/ Keine Angabe	17,4	19,5	18,9	20,4	12,6	19,1
Insgesamt keine Änderung beim EEG notwendig	6,8	4,1	5,0	1,6	1,2	4,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europaweite Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien						
Ja	74,4	69,7	69,4	79,2	72,9	70,6
Nein	8,7	11,6	11,3	9,0	13,5	11,0
Weiß nicht/ Keine Angabe	10,1	14,7	14,3	10,1	12,5	13,8
Insgesamt keine Änderung beim EEG notwendig	6,8	4,1	5,0	1,6	1,2	4,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Einfluss von energiepolitischen Rahmenbedingungen auf Investitionen: jedes dritte große Unternehmen stellt Investitionen zurück, knapp jedes vierte Unternehmen aus der Industrie

Bei der Frage nach dem Einfluss von energiepolitischen Rahmenbedingungen auf Investitionsentscheidungen zeigen sich große Diskrepanzen sowohl zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößen als auch zwischen den verschiedenen Branchen.

Insgesamt stellt die Mehrheit der Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen aufgrund der aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen kaum zurück: Lediglich 13,9 Prozent der Unternehmen geben an, ihre Investitionsentscheidungen zurückzustellen.

Mit zunehmender Unternehmensgröße nimmt dieser Anteil allerdings deutlich zu: So beträgt der Anteil bei den kleinen Unternehmen lediglich 12,8 Prozent, bei den mittleren Unternehmen 20,9 Prozent. Von den großen Unternehmen gibt rund jedes dritte Unternehmen (33,8 Prozent) an, Investitionsentscheidungen zurückzustellen.

Hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit existiert ebenfalls ein großer Unterschied: Unternehmen aus der Industrie stellen ihre Investitionsentscheidungen aufgrund der aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen wesentlich eher zurück als industrienaher Dienstleister: knapp jedes vierte Industrieunternehmen (24,1 Prozent) gibt dies an. Bei den industrienahen Dienstleistern liegt dieser Wert lediglich bei 11,6 Prozent (Tabelle 5).

Tabelle 5: Jedes dritte große Unternehmen stellt Investitionsentscheidungen zurück, knapp jedes vierte Unternehmen aus der Industrie

„Tragen die aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen dazu bei, dass in Ihrem Unternehmen Investitionsentscheidungen zurückgestellt werden?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Ja	12,7	2,6	3,9	8,0	17,7	4,5
Eher ja	11,4	9,0	8,9	12,9	16,1	9,4
Eher nein	29,8	33,3	32,4	34,2	36,8	32,6
Nein	46,1	55,1	54,8	44,5	28,8	53,4
Keine Angabe	0,0	0,0	0,0	0,3	0,6	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Einfluss der deutschen Energiepolitik auf Neuinvestitionen im Inland/Ausland: Mehr als jedes vierte große Unternehmen will Neuinvestitionen ins Ausland verlagern

Aufgrund der Energiepolitik werden nicht nur Investitionsentscheidungen zurückgestellt (Tabelle 5). Es werden auch stärker als bislang Neuinvestitionen im Ausland geplant. Dabei zeigt sich wiederum eine große Diskrepanz zwischen den Unternehmen der verschiedenen Umsatzklassen. Zwischen Unternehmen der verschiedenen Branchen existiert ebenfalls ein großer Unterschied. Insgesamt gibt nur ein geringer Anteil der Unternehmen (2,9 Prozent) an, dass sie aufgrund der deutschen Energiepolitik vermehrt Neuinvestitionen im Ausland planen.

Mit zunehmender Unternehmensgröße nimmt dieser Anteil allerdings wiederum deutlich zu: Während lediglich 2,0 Prozent der kleinen Unternehmen angeben, dass sie aufgrund der deutschen Energiepolitik vermehrt Neuinvestitionen im Ausland planen, beträgt dieser Wert bei den mittleren Unternehmen 8,5 Prozent. Bei den großen Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro gibt mehr als jedes vierte Unternehmen (27,9 Prozent) an, vermehrt Neuinvestitionen im Ausland zu planen.

Bezüglich der Branchenzugehörigkeit gibt es auch Unterschiede: Bei Unternehmen aus der Industrie hat die deutsche Energiepolitik einen stärkeren Einfluss auf die Planung von Neuinvestitionen im Ausland. So geben 8,3 Prozent der Industrieunternehmen an, dass sie aufgrund der deutschen Energiepolitik vermehrt Neuinvestitionen im Ausland planen. Bei den industrienahen Dienstleistern beträgt dieser Wert lediglich 1,6 Prozent (Tabelle 6).

Tabelle 6: Mehr als jedes vierte große Unternehmen will Neuinvestitionen ins Ausland verlagern

„Planen Sie aufgrund der deutschen Energiepolitik stärker als bislang, Neuinvestitionen im Ausland zu tätigen?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
Ja	1,4	0,3	0,0	3,5	13,8	0,5
Eher ja	6,9	1,3	2,0	5,0	14,1	2,4
Eher nein	13,4	17,8	17,4	13,7	23,7	17,0
Nein	78,3	80,5	80,7	77,2	47,2	80,1
Keine Angabe	0,0	0,1	0,0	0,7	1,2	0,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Unternehmen sind sehr unzufrieden mit der Politik bei der Umsetzung der Energiewende

Die Unternehmen sind mit dem Management der Politik bei der Umsetzung der Energiewende sehr unzufrieden. Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen (50,4 Prozent) erteilt der Politik die Note „Mangelhaft“ oder „Ungenügend“. Weitere 45,3 Prozent der Unternehmen erteilen die Note „Befriedigend“ oder „Ausreichend“. Lediglich 3,4 Prozent der Unternehmen bewerten das Management der Politik bei der Umsetzung der Energiewende mit der Note „Sehr gut“ oder „Gut“. Diese Bewertung spiegelt sich auch in der Durchschnittsnote über alle Unternehmen wider: der entsprechende Wert beträgt 4,36.

Unternehmen aus der Industrie bewerten das Management der Politik bei der Umsetzung der Energiewende kritischer als industrienaher Dienstleister: So vergeben Industrieunternehmen im Durchschnitt die Note 4,57, industrienaher Dienstleister im Durchschnitt die Note 4,32.

Große Unternehmen sind kritischer als mittlere und kleine Unternehmen: Große Unternehmen geben dem Management der Politik bei der Umsetzung der Energiewende im Durchschnitt die Note 4,56, mittlere Unternehmen die Note 4,38, kleine Unternehmen die Note 4,36 (Tabelle 7).

Tabelle 7: Starke Unzufriedenheit mit der Politik bei der Umsetzung der Energiewende

„Wie bewerten Sie insgesamt das Management der Politik – Bund und Länder - bei der Umsetzung der Energiewende?“

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	Unter 1	1 bis unter 50	Ab 50	
1 – Sehr gut	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
2 - Gut	3,8	3,3	3,4	3,1	2,8	3,4
3 – Befriedigend	10,5	24,5	22,0	20,8	15,5	21,9
4 - Ausreichend	25,5	22,9	23,4	23,3	21,0	23,4
5 - Mangelhaft	37,8	35,6	35,6	38,7	43,6	36,0
6 - Ungenügend	17,4	13,7	14,5	13,3	16,4	14,4
Keine Angabe	5,0	0,1	1,1	0,7	0,6	1,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mittelwert (1-6)	4,57	4,32	4,36	4,38	4,56	4,36

Quelle: IW-Unternehmervotum, Juli/ August 2013, 734 Unternehmen der Industrie/industrienahen Dienste

Über das IW-Unternehmervotum

Für das IW-Unternehmervotum werden mehrmals im Jahr Entscheider der deutschen Wirtschaft zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen online befragt. Hierfür werden Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen angeschrieben. Die Antworten der Teilnehmer werden anhand der Anzahl der Unternehmen im Unternehmensregister für Deutschland hochgerechnet. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.